

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Januar/Februar 2018

01/2018

## Politikwechsel nötig - und machbar

### DIE LINKE. OPR stellt ihren Landratskandidaten vor

**E**in neues Jahr mit der LINKEN - unter diesem Motto hatte der Kreisverband auch dieses Januar wieder zu seinem traditionellen Neujahrsempfang geladen.

Nach dem Rotationsprinzip war dieses Jahr Wusterhausen/Dosse der Austragungsort. Über 80 TeilnehmerInnen waren der Einladung gefolgt, die durch den Kreisvorstand sowie die Kreistagsfraktion ausgesprochen worden war.

Eröffnet wurde der Empfang durch den Kreisvorsitzenden, der in seinen Ausführungen die Herausforderungen und Aufgaben des Jahres 2018 für die Partei hervorhob, bevor er Bürgermeister Roman Blank Platz für ein kurzes Grußwort gab.



Diana Golze (DIE LINKE)  
Foto: Bildhaus. Karoline Wolf

Danach sprach Diana Golze, unsere Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, und erläuterte die Erfolge der rot-roten Landesregierung in den letzten Jahren. Aber sie übte auch Kritik am amtierenden Landrat, da OPR einer von nur zwei Landkreisen in Brandenburg ist, der noch nicht die Gesundheitskarte für Geflüchtete eingeführt hat.

Zum Abschluss des ersten Teils gab es dann noch eine große Überraschung, als Freke Over mit Christian Scherkenbach den Landratskandidaten der LINKEN. OPR vorstellte. Dieser machte in einer kurzen Rede seine Schwerpunkte für den Wahlkampf klar. Besonders die Gesundheitsversorgung sowie die Infrastruktur liegen ihm am Herzen (weiteres im unten stehenden Interview).

Abschließend lässt sich sagen, dass



Christian Scherkenbach stellte sich in Neuruppin den Mitgliedern des Stadtverbandes der LINKEN vor

Foto: Rudi Brendler

sich der Neujahrsempfang zu einer guten und wichtigen Tradition in unserem Kreis entwickelt hat und wir diesen auch weiterhin durchführen werden, um das politische Jahr gebührend einzuleiten.

Eine Spendensammlung für den Tierschutzverein OPR erbrachte rund 150 Euro.

*Paul Schmudlach*  
Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

## Am 22. April 2018 haben wir die Wahl

**A**m 22. April 2018 kann in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl von den Bürgern des Landkreises OPR ein neuer Landrat gewählt werden.

Mit Christian Scherkenbach sprach unser Redaktionsmitglied Jürgen Schubert.

*Sie wurden am 8. Februar 2018 in einer Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN mehrheitlich als Kandidat für den Posten des Landrats für Ostprignitz-Ruppin gewählt. Was hat Sie bewogen, zu kandidieren?*

**Christian Scherkenbach:** Es war für mich keine kurzfristige und keine einfache Entscheidung. In vielen Gesprächen, nicht nur mit Familie und Freunden, sondern auch im Arbeitsumfeld, ist diese Entscheidung gereift. Dann habe ich mir

die Frage gestellt, ob ich persönlich den Anforderungen als Landrat gerecht werden kann? Diese Frage habe ich für mich mit ja beantwortet - getreu dem Motto, dass ich lieber meiner Überzeugung als der Macht treu bleibe. Oder wie es einst Martin Luther sagte: »Hier stehe ich, ich kann nicht anders«. Gerade weil mich meine jetzige Tätigkeit als Arzt, Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in den Ruppiner Kliniken erfüllt, habe ich die Freiheit, mich als Landrat zu bewerben.

*Damit sich unsere Leser ein Bild machen können, vielleicht einige Fakten zu ihrem bisherigen Werdegang und zur Person.*

**Christian Scherkenbach:** Seit meiner Geburt 1959 bin ich mit den Ruppiner

Kliniken verbunden. Mit meiner Frau gemeinsam haben wir sechs Kinder in einer Patchwork-Familie. Seit 1989 arbeite ich als Arzt in den Ruppiner Kliniken, aktuell als leitender Oberarzt. Ich bin bereits über 20 Jahre im Betriebsrat und seit dem 1. Januar 2012 Betriebsratsvorsitzender. Im Aufsichtsrat bin ich seit vielen Jahren vertreten, die letzten fünf Jahre als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Darüber hinaus engagiere ich mich für unsere schwerbehinderten Mitarbeiter in der Schwerbehindertenvertretung.

Meine Leidenschaft sind das gemeinsame Tauchen mit meiner Frau und die Ausritte zu zweit. Auf dem Rücken der Pferde bekomme ich am besten den Kopf wieder frei.

*Fortsetzung auf Seite 3*

## Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

### OPR »schwimmt« im Geld

Als Anfang 2015 das Innenministerium in Vorbereitung (und zur Begründung) der Kreisgebietsreform eine Tabelle zur Verschuldung der Kreise veröffentlichte, hatte unser Kreis demnach elf Millionen Euro Schulden an Kassenkrediten. Im Jahre 2017 hat sich diese Situation verändert. Der Landkreis OPR hat lt. Kommunalaufsicht des Innenministeriums heute 46 Millionen Euro auf der hohen Kante.

Wer jetzt denkt, die Kreisverwaltung nutzt dieses dicke Plus, um die Kreisumlage zu senken, die von den Kommunen entrichtet werden muss und denen das Geld fehlt, der irrt. Auch die Hoffnung, dass der Landkreis kräftig investiert (außer Neubau der Kreisverwaltung) oder

Zuschüsse für Kinder und Jugendeinrichtungen und deren Erhalt gibt, wird sich wohl nicht erfüllen. Auch kann man davon ausgehen, dass es wahrscheinlich keine Zuschüsse des Kreises für die Verbesserung und den Erhalt kultureller Einrichtungen geben wird. Das alles hätte man schon längst machen können, aber anscheinend bunkern der Landrat und sein Kämmerer lieber das Geld - hier sind jetzt die Kreistags-abgeordneten gefordert!

Auch der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg kritisiert die diesbezügliche Haltung der Landräte. »Statt Denkmäler für Landräte zu errichten und im Kreistag um Lieblingsprojekte zu feilschen, könnten die Gemeinden das Geld viel sinnvoller einsetzen«, sagt Böttcher. Deshalb fordert er, dass das Innenministerium eine Obergrenze festlegt, bis zu welcher Höhe Landkreise Geld ansparen dürfen.

## Kommentar

### Viel Lärm um nichts

*So kann man das Theater, das der Arbeitgeberverband Gesamtmetall bei der laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie anstellt, bezeichnen.*

*Gerade mal 2% Brutto zuzüglich einmalig 200 € soll das Einkommen der Beschäftigten in dieser Branche steigen. So stellen sich die Herren im feinen Anzug der Arbeitgebervereinigungen eine »sozial gerechte« Beteiligung bei den milliarden-schweren Gewinnen der Konzerne vor. Demgegenüber ist die IG Metall mit einer Lohnforderung von 6% mehr, einer zeitlich befristeten Arbeitszeitreduzierung auf 28 Wochenstunden mit Entgeltausgleich für SchichtarbeiterInnen sowie für Beschäftigte, die Angehörige pflegen, und für einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche für ostdeutsche Betriebe angetreten.*

*Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger spricht von einer »massiven Ausweitung« der Forderungen der IG Metall. Doch diesmal gehen sie einen Schritt weiter. Unverhohlen bezeichnen sie die Streiks der IG Metall und ihrer Mitglieder als rechtswidrig. Dabei sollten sie wissen, dass das Bundesarbeitsgericht 1984 zeitlich befristete Streiks als rechtmäßig bezeichnet hatte und die Gewerkschaften in der Wahl ihrer Mittel frei sind. Rechtswidrig wäre ein Streik nur dann, wenn eine Forderung nicht tariffähig wäre. Entgelt und Arbeitszeit sind aber Gegenstand eines Tarifvertrags.*

*Wie scheinheilig die Argumente der Arbeitgeber sind, erkennt man an der Aussage von Dulger, »im Sinn der Entgeltgleichheit ist es ungerecht und sogar diskriminierend«, wenn ein Entgeltausgleich bei befristeter Arbeitszeitreduzierung durch Tarifvertrag festgeschrieben wird. Dabei ist es gängige Praxis in den Betrieben, Beschäftigte falschen Entgeltgruppen zuzuordnen. Besonders Frauen sind davon betroffen.*

*»Wer sich nicht bewegt, der muss geschoben werden«, so IG Metall-Vorsitzender Jörg Hoffmann zur Haltung der Arbeitgeber: Recht hat er.*

Rudi Brendler

*PS: Nach Redaktionsschluss gab es in Baden-Württemberg eine Einigung zwischen den Tarifpartnern.*

Unser Genosse

**Giseler Trepte**  
geb. am 16.08.1927

hat uns am 29. Januar 2018 für immer verlassen.

Hochbetagt, nahm er bis zuletzt regen Anteil am gesellschaftlichen Geschehen, ist in seinem Heimatort Rühnick noch tätig gewesen und hat uns in der LINKEN - vor allem auch in der Redaktion unserer kleinen Zeitung - begleitet, der er viele Jahre unermüdlich und ohne viel Aufhebens ihr äußeres Gesicht gegeben hat. Fast 68 Jahre gehörte er der sozialistischen Partei an. Lange lebte er mit seiner Familie in der sowjetischen Emigration, hat dort studiert, gearbeitet und ist bis heute stets seinen Idealen treu geblieben. Mit seiner bescheidenen Art, seiner Aufrichtigkeit und seinem Vertrauen hat er uns viel menschliche Wärme vermittelt. Er wird uns fehlen.

Wir trauern mit seiner Frau Marlen, mit der Familie und allen Freunden und Genossen.

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR  
Basisorganisation Alt Ruppin

Stadtvorstand Neuruppin  
Redaktion der Märkischen Linken

Wir trauern um unseren Genossen und lieben Freund

**Dr. Lutz Geue**

der am 05.01.2018 nach schwerer Krankheit, im Alter von 56 Jahren in seiner neuen Heimat in Bad Sulza verstarb.

Lutz war bis zu seinem Umzug 2013 ein äußerst aktives Mitglied unserer Kreisorganisation, der neben der Ausfüllung verschiedener Wahlfunktionen langjährig unsere Zeitung, die Märkische Linke, mitgestaltet und mit herausgegeben hat. Auf ihn war immer Verlass.

Unser Mitgefühl und unsere Gedanken sind bei seiner Familie, der wir Kraft wünschen und Trost spenden möchten. Wir werden ihn in sehr guter Erinnerung behalten.

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

Regionalvorstand DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

Ortspartei Gruppe Wusterhausen

Redaktion der Märkischen Linken

# Am 22. April 2018 haben wir die Wahl

Fortsetzung von Seite 1

Wie würde Christian Scherkenbach an die Funktion des Landrats herangehen?

**Christian Scherkenbach:** Ich würde das wie bisher handhaben - mich gründlich vorbereiten und mit den Betroffenen reden und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden.

Mir ist auch bewusst, dass dies nicht der leichtere Weg ist. Ich bin auch nicht realitätsfremd und weiß um die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag. Hier würde es mich freuen, wenn das Parteibuch beiseite gelegt wird und mit Fachwissen und

gesundem Menschenverstand Lösungen gefunden werden.

Ich stehe dafür, keine leeren Versprechungen zu machen. Das einzige, was ich hier versprechen kann, ist, dass ich parteilos bleiben werde.

*Herr Scherkenbach, ich bedanke mich für das sehr offene Gespräch und wünsche ihnen am 22. April viel Erfolg.*



Fertig zum Ausritt in die Natur

Foto: Privat

## Sind Frauen »Selber Schuld«?

### 28. Brandenburgische Frauenwoche

Der Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche unter Führung des Frauenpolitischen Rats hat das Motto »Selber Schuld« für die 28. Brandenburgische Frauenwoche festgelegt. Das Motto ruft dazu auf, sich gegen individualisierte Schuldzuweisungen zu wenden. Häufig sind es strukturelle Diskriminierungen, die z. B. Altersarmut von Frauen begünstigen, Frauen und Mädchen von politischen Mandaten fernhalten oder traditionelle Geschlechterrollen stützen.

Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin werden vom 1. bis 14. März 2018 mehrere Veranstaltungen anlässlich der Frauenwoche stattfinden. Zu Redaktionsschluss waren bereits folgende Höhepunkte bekannt: Der Verein Neuruppiner Frauen für Frauen wird am 6. März um 10.00 Uhr in der Aula des Gymnasiums bzw. um 17.00 Uhr im Kino am REIZ den Dokumentarfilm »Unter aller Augen« vorführen. Der Film taucht ein in die Lebenswelt von Frauen,

die schlimmster Gewalt ausgesetzt waren und sich freikämpfen konnten. Gewalt an Frauen ist alltäglich: In Asien, Afrika, Europa - und mitten unter uns. Die Regisseurin des Films, Claudia Schmid, ist als Gast angekündigt.

Am Donnerstag, den 15.03., geht es ab 18 Uhr im Alten Gymnasium in Neuruppin um die Frage »Frauenfeindlicher Islam? Islamischer Feminismus!« Die Veranstaltung ist eine Mischung aus Vortrag, Projektvorstellung und Diskussion mit der Sozialwissenschaftlerin May Zeidani Yufanyi und den Initiatorinnen des Projekts »Rights under the veil - Frauenrechte unter dem Schleier« Johara Bellali und Roberta Chimera.

Umfassende Hintergrundinformationen und weitere Veranstaltungen findet man auf der Homepage des Frauenpolitischen Rats: <http://frauenpolitischer-rat.de/frauenwoche/>

Karin Alba



Die traditionelle Frauentagsmatinee unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann findet am 11. März 2016 um 11.00 Uhr im Kulturhaus Kyritz statt.

Unterstützung erhält sie durch die Kabarettistin Gisela Oechelhaeuser mit ihrem neuen politischen Kabarettprogramm »Selber schuld«. Ein intelligent-ordinärer Parforce-Ritt durch Absurdistan, hinab in die Abgründe der Mitleidlosigkeit, hinauf auf die Gipfel der Rücksichtslosigkeit, über die Gräber im Mittelmeer direkt hinein in das Fest der Volksmusik.

Zusammen mit ihrem langjährigen Autor Philipp Schaller sucht sie die Menschlichkeit in Kampf-drohnen (und findet sie), sucht das Mutterglück mit siebzig (und findet es), sucht die Normalität in der Gummizelle (und findet sie). Wer da nicht lacht, ist SELBER SCHULD.

### Kalenderblatt

#### 170 Jahre Kommunistisches Manifest

Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus. Mit diesen Worten beginnt das Kommunistische Manifest, das am 21. Februar 1848 zum ersten Mal in London veröffentlicht wurde.

Generationen haben sich diesen Text angeeignet und er war Richtschnur für ihr politisches Handeln. Der Klassengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Kapitaleignern - damals nannte man sie noch Proletariat und Bourgeois - ist auch heute noch vorhanden. Die aus dem Klassengegensatz hervorgehenden Klassenkämpfe



Foto: Rudi Brendler

sind noch heute da, auch wenn sie jetzt Interessenskonflikte genannt werden. Die Sprache hat sich verändert, aber nicht die Bedeutung.

Im Manifest wurde die Notwendigkeit einer Partei begründet, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu

beseitigen. In den Folgejahren nach dem Erscheinen gründeten sich kommunistische Parteien auf der ganzen Welt, und

ihre Mitglieder wurden verfolgt oder umgebracht. Auch wenn heute so dringliche Aufgaben wie z.B. Klimaänderung im Blickfeld allgemeinen Interesses stehen, so bleibt das Ziel, die Ausbeutung durch den Menschen abzuschaffen, unverrückbar bestehen.

DIE LINKE steht in der Tradition dieser Klassenkämpfe und setzt sich für Verbesserungen der Lebenslage der Beschäftigten vor Ort, in Land und Bund ein.

Die Schlussätze im Manifest »Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt Euch!« sind noch heute gültig.

Rudi Brendler

## Bundestagsreport

# LINKE setzt Akzente!

## Aktuelle Stunde zum Einmarsch der Türkei in die Region Afrin

Vier Monate sind seit der Bundestagswahl vergangen, noch immer haben wir eine geschäftsführende Bundesregierung. Ob die laufenden Koalitionsverhandlungen zu einer erneuten Union-SPD-Regierung führen, ist offen. Aber zumindest ist nun der Gesetzgeber vollständig arbeitsfähig. Leider war zwar der Antrag der LINKEN gescheitert, die Ausschüsse bereits im November 2017 zu konstituieren, aber immerhin ist das nun am 31.1.2018 erfolgt. Sitzungstage des Plenums gab es zwar schon seit Oktober, aber vollständig ist die Sitzungswoche jetzt erst mit den Ausschusssitzungen am Mittwoch.

### Besetzung der Ausschüsse

Die Zugriffsrechte der Fraktionen auf Ausschussvorsitze und die Stellvertretung gehen nach Fraktionsgröße. Für DIE LINKE übernimmt Klaus Ernst den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und Sabine Zimmermann den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hinzu kommen die noch nicht personell benannten Stellvertretungen in den Ausschüssen für Gesundheit sowie für Arbeit und Soziales.

Die Brandenburger MdB arbeiten in den Ausschüssen für Digitale Agenda (Obfrau und Sprecherin für Netzpolitik Anke Domscheit-Berg), für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Obmann und Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik Norbert Müller), für Angelegenheiten der EU

(Thomas Nord) sowie für Ernährung und Landwirtschaft (Obfrau und Sprecherin für Agrarpolitik Kirsten Tackmann).

### Entspricht persönliche Eignung der AfD-Kandidaten der Würde des Amtes?

Politisch brisanter aber waren für DIE LINKE die Besetzungen der Ausschussvorsitze der AfD für den Haushaltsausschuss (geht traditionell an die größte Oppositionsfraktion), Recht und Verbraucherschutz sowie Tourismus. Da ging es nicht darum, der Fraktion ihre parlamentarischen Rechte vorzuenthalten, sondern es ging um die Kandidaten, deren persönliche Eignung angesichts nachweislicher Hetzkommentare oder -reden nicht der Würde eines solchen fraktionsübergreifend arbeitenden Amtes entspricht. Dass in den konstituierenden Ausschusssitzungen mit Stimmenmehrheit unser Antrag auf Aussprache zu diesen Vorwürfen abgelehnt und am Ende die Kandidaten auch mit Stimmen anderer Fraktionen gewählt wurden, lässt tief blicken. Offensichtlich war man der Meinung, man würde diese offen fremden- und demokratiefeindliche

Fraktion zum Märtyrer machen, als ihnen konsequent den Spiegel vorzuhalten und sie politisch zu stellen.

### Erste Lesung von Anträgen der LINKEN

Thematisch hat die Linksfraktion in der Sitzungswoche mit einer aktuellen Stunde zum Einmarsch der Türkei in die Region Afrin inklusive deutscher Panzer gepunktet. Dass einige Abgeordnete der LINKEN Halstücher in den traditionell kurdischen Farben trugen, war eine Geste



Foto der Fraktion der LINKEN im Bundestag

der Solidarität für die Menschen in dieser selbstverwalteten Region. Ein Unionsvertreter hatte erfolglos versucht, dies für einen Eklat zu nutzen.

Außerdem standen für DIE LINKEN die erste Lesung und Ausschussüberweisung der Anträge zur Reduzierung der Höchstarbeitszeit, zur Entspannung der Beziehungen zu Russland, zur Beendigung der doppelten Belastung von Betriebsrenten und zur Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV auf der Tagesordnung.

In namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten der LINKEN die Fortschreibung der Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete mit begrenztem Aufenthaltsrecht (subsidiärer Schutzstatus) abgelehnt und stattdessen einem eigenen Gesetzentwurf zugestimmt, der dieses humanitäre Recht sichert.

Dass auch eine Debatte zum Wolf stattfand, in der auch ein Antrag der LINKEN in die Ausschüsse überwiesen wurde, sei hier noch erwähnt.

## Bebauungsplan abgelehnt

### Aus der Gemeindevertretersitzung Wusterhausen

Die Gemeindevertretung Wusterhausen hat die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage im Plänitzer Weg in Wusterhausen mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wurde erstmals der im Bau- und Ordnungsausschuss erarbeitete Leitfaden zum Umgang mit Planungen zur Errichtung von Anlagen erneuerbarer Energien, insbesondere Freiflächenphotovoltaikanlagen angewendet. Dieser ist im Internet über das Bürger-Infoportal einsehbar.

Die Aufstellung des Leitfadens war eine aufwendige Arbeit, die aber den Abgeordneten das Abwägen und Entscheiden wesentlich erleichtert. In die Abwägung einbezogen wurden auch die Stellungnahmen des Landkreises und des Landesamtes für Umwelt. Wesentliche Gründe für die Ablehnung waren die Nähe zum Naturschutzgebiet Bärenbusch, die Inanspruchnahme von Flächen mit hohem Ertragspotential und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Petra Buschke, Gemeindevertreterin

Kirsten Tackmann, MdB

# Goldstaub für unsere alternde Gesellschaft

## Pflege leidet unter Fachkräftemangel

**D**ie Pflegebranche leidet unter massivem Fachkräftemangel und einem schlechten Image. Zum Jahreswechsel stellte der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) wegen Personalmangel seine Pflegedienstleistung im Fehrbelliner Umland ein. Was ist los im Pflegesektor? Einer unserer Genossen macht seine Ausbildung zum Krankenpfleger in den Ruppiner Kliniken. Der junge Mann ist Goldstaub für unsere alternde Gesellschaft! Und für OPR fast verloren. Unser Redaktionsmitglied Karin Alba sprach mit ihm darüber.

*Ist die Pflegearbeit für dich Traumberuf oder Notlösung?*

**GG:** Ich kam zu der Ausbildung, weil ich selbst als Kind lange Zeit im Krankenhaus gelegen habe und dort mit diesem Beruf in Kontakt kam. Ich helfe gerne Menschen und bin gerne für andere Menschen da. Es ist auf jeden Fall mein Traumberuf, aber nicht in diesem Klinikum.

*Was ist in den Ruppiner Kliniken anders als in anderen Kliniken?*

**GG:** Der Umgang mit den Azubis ist grausam. Man wird auf den Stationen nicht ins Team integriert, bekommt Sprüche an den Kopf wie »das Leben ist hart, das können wir nicht ändern«. Manchmal fühle ich mich sogar belogen. Da fehlt dann häufig die Freude an der Arbeit.

*Woanders wäre es besser, meinst du?*

**GG:** Ich war lange im Waldkrankenhaus Spandau als Patient und habe mit Patienten in den Ruppiner Kliniken viel gesprochen. Die sagen, da ist es ganz anders, und das sind auch meine persönlichen Erfahrungen. Das Pflegepersonal dort ist nett, die kümmern sich um einen und haben immer ein Lächeln. Es kommt so rüber, als würden Ärzte und Pflegekräfte Hand in Hand arbeiten und nicht gegeneinander, wie in den Ruppiner Kliniken.

*Was heißt das? Willst du nach deiner Lehre den Arbeitgeber wechseln und nach Berlin gehen?*

**GG:** Ja!  
*Wir brauchen dich aber hier in OPR!*

**GG:** Man möchte natürlich für die Patienten da sein. Und in Neuruppin sind es einfache Wege mit Wohnen und Arbeit. Solange sich nichts an den unschönen Verhältnissen ändert, glaube ich nicht, dass ich hier bleibe.

*Was haben die Azubis in den Ruppiner Kliniken selbst versucht zu ändern?*

**GG:** Wir haben eine JAV (Jugendauszubildendenvertretung). Den Betriebsrat gibt es auch, aber es kommt für uns so rüber, dass der vor dem Arbeitgeber kuscht und sich kleinreden lässt. Es gab an der Berufsschule in Gildenhall mal eine Aktion von der Gewerkschaft ver.di und die Idee, dass man sich trifft und Probleme bespricht.

*Ist die Stimmung nur bei den Azubis schlecht oder im gesamten Betrieb?*

**GG:** Viele Schwestern und Pflegekräfte sagen, es geht so nicht, uns werden Sachen wie Weihnachtsgeld gestrichen. Man hört von allen Ecken Kritik am Arbeitgeber, aber nach draußen gehen und die Meinung sagen, in die Gewerkschaft eintreten, dazu lassen sie sich noch nicht motivieren.

*Abgesehen von der Stimmung, ist die Qualität der Ausbildung ansonsten gut?*

**GG:** Vom Schulischen her auf jeden Fall, die Lehrer sind engagiert und machen viel, z.B. ein Sterbeseminar, damit wir den Umgang mit Sterbenden lernen. Vom Betrieblichen her ist der Personalmangel spürbar, der spielt da sehr rein. Wir haben zuständige Praxisausbilder, aber die sind voll eingespannt in ihrem Job als Pflegekraft. Die kommen nicht dazu, mal zusammen eine Waschung mit dem Azubi zu machen, um auf Fehler aufmerksam zu machen. Wir lernen viel schulisch, da bekommen wir was gezeigt und dann auf Station heißt es nur »mach mal«. Blaskatheder legen, Blut abnehmen - da muss man selbst viel hinterher sein, um das nochmal erklärt zu kriegen.

*Acht Millionen Euro haben die Ruppiner Kliniken Gewinn gemacht im letzten Jahr. Wie würdest du als Azubi das Geld verwenden?*

**GG:** Auf jeden Fall mehr Geld für die Ausbildung, auch für Werbung für den Beruf der Pflegekraft. Ansonsten mehr Geld in die Geräte investieren, die sind teilweise richtig alt, man kommt da gar nicht mehr mit klar. Man muss sich auf jeder Station mit anderen Geräten wieder



... und wer hilft mir nun weiter?

Foto: Pixabay

neu hineinflinden und immer wieder fragen, wie man die benutzt. Das geht wieder auf die Zeit und die Arbeitsqualität.

*Wünsch dir was! Was sollte sich ändern?*

**GG:** Mehr Zusammenarbeit im Team, ein besseres Miteinander zwischen Pflegedienstleitung und Azubis. Wie soll ich mich in Würde um die Patienten kümmern, dass es denen wirklich gut geht, wenn ich viel zu wenig Zeit habe? Von der Partei wünsche ich mir, den Pflegekräften mehr den Rücken zu stärken. Es muss sich was am Personalschlüssel ändern.

*Danke für das Gespräch.*

*(Die Klarnamen sind der Redaktion bekannt.)*

### Einladung zur Aktivenkonferenz

am 3. März 2018 ab 9.30 Uhr  
im Ferienland Luhme, Heegeseeweg 8,  
16837 Luhme OT Heimland

Zur Konferenz sind alle eingeladen, die im Sinne einer linken Politik aktiv sind und alle, die aktiv werden wollen.

In gemeinsamen Gesprächen werden wir eure Ideen und Impulse aufgreifen, um möglichst viele zukunftstaugliche Ideen zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen folgende moderierte Workshops:

1. ÖPNV/Mobilität
2. Ökologie und Landwirtschaft
3. Gesundheit und Pflege
4. Schule und Kita

*Für die Verpflegung während der Tagung wird gesorgt. Wir bitten um einen Teilnehmerbeitrag in Form einer Spende.*

*Übernachtungswünsche bitte bis 26.02.2018 an Freke Over (Tel.033923/71425 oder info@ferienland-luhme.de).*

## Genug für alle ... die es bezahlen können (Teil 3)

Gedanken zum Artikel: Im Sozialrecht kein Rechtsstaat? - Oder Rechtsstaat nur für Leute mit gut gefülltem Geldbeutel? (Märkische Linke 12/2017)

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung vieler Leute entgegen steht. Gerd Klier schrieb in seinem Artikel in der vorigen Ausgabe der Märkischen Linken über die Problematik der rechtlichen Vertretung von Bürgern, die von Sozialhilfe oder Grundsicherung leben. In diesem Teil analysieren wir das Thema hinsichtlich der Beteiligten; dem Bürger, dem Rechtsanwalt, dem sogenannten Sozialstaat und dem kapitalistischen System.

### Ständiger Wachstumszwang

Beginnen möchte ich mit dem kapitalistischen System, dessen ökonomische Effizienz die Bürger zu Existenzkampf, materieller Knappheit und Fixierung der Lebensführung auf die ökonomische Sphäre führt, und alle seine Energien auf die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unter permanentem Steigerungszwang fixiert.

»Aber doch nur in der Wirtschaft«, wird der eine oder andere jetzt meinen, »die Marktwirtschaft ist ineffizient, egoistisch und grausam. Was hat das Rechtssystem, die anwaltliche Vertretung von Bürgern vor Gericht, was hat die Durchsetzung der Rechte der Bürger damit zu tun?« Ja, sicher, die kapitalistische Wirtschaft ist strukturell auf Wachstum, permanente Innovierung und Beschleunigung angewiesen, um sich zu erhalten und zu reproduzieren. Der

Wachstumszwang wird nicht mit Knappheit begründet und ist keine Reaktion auf Veränderungen in der Gesellschaft, sondern ist Eigenzwang. Grundmechanismen unserer Gesellschaft können nur funktionieren, wenn wir wachsen, innovieren und beschleunigen. Das heißt, es muss immer etwas in den kapitalistischen Verwertungszwang einbezogen werden, was vorher noch nicht da war, z.B. neue Rohstoffmärkte oder Absatzmärkte.

### Immer neue Ressourcen benötigt

Modernisierungsprozesse bringen aber auch eine neue Orientierung in unsere Kultur. Denn wenn das Programm erschöpft ist, müssen neue Ressourcen erschlossen werden, z.B. psychische Ressourcen oder soziale Zusammenhänge. In der Soziologie wird das Landnahme genannt (Klaus Dörre) und bedeutet, dass das System, um sich dynamisch zu stabilisieren, in Bereiche wie Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, aber auch Rechtswesen ausbreitet.

Am Beispiel des Rechtssystems muss man sich das so vorstellen: Es gibt nicht mehr die »heiligen« Gesetze. Im Vordergrund stehen permanente Neuerungen; neues Wissen, neue Antworten, neue Debatten, neue Projekte. Das führt zu einer Art leerer Progression, nicht zum Fortschritt, aber damit hält man das System in Gang. Es geht nicht darum, zur Wahrheit voran zu schreiben.

Gesetzgebung ist eine Daueraufgabe geworden. Die Legislative tagt immer wieder neu, im Verständnis, dass Gesetze nur kurzzeitig Bestand haben. Die Steigerungsorientierung, das Überbieten des Dagewesenen als ein notwendiges Reproduktionsprinzip sozialer Sphären ist ein Grundmoment der Gesellschaft. Das ist dynamische Stabilisierung des kapitalistischen Systems.

### Erreichtes wird immer wieder zerstört

Dieser Prozess muss doch irgendwann einmal zu Ende gehen, irgendwann muss doch alles so weit entwickelt sein, dass keine Steigerung mehr möglich ist. Nein, denn neben der notwendigen Steigerung zerstört der Kapitalismus auch das Erreichte und sorgt dafür, dass das Prinzip der dynamischen Stabilisierung erhalten bleibt. Er gibt damit Land preis, aber es ist nicht nur Land im Sinne von Land, sondern hier all das, was im kapitalistischen Verwertungszusammenhang steht. Dazu zählen auch die Bürger, insbesondere das Prekariat. Z. B. Bürger, die es sich - wie in unserem Beispiel - nicht leisten können, ihre Rechte mit Hilfe eines Rechtsanwaltes durchzusetzen. In dieser Gesellschaft wird ausgeschlossen, wer nicht zahlt - ein handfester Grund, warum so viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Ines Nowack

## Was interessiert mein Geschwätz von gestern?

Diesen Ausspruch von Adenauer hat sich augenscheinlich SPD-Außenminister Gabriel zu eigen gemacht.

Als die SPD im Jahre 2013 noch in der Opposition war, sagte deren damaliger Vorsitzender - Sigmar Gabriel - zu den von der schwarz-gelben Regierung erlaubten Rüstungsexporten: »Es ist doch eine große Schande für dieses Land, dass wir ... zu einem der größten Rüstungsexporture geworden sind. Die Bundesregierung hat sich zum Handlungsgehilfen der Rüstungsindustrie machen lassen und tritt die Werte unserer Außenpolitik mit Füßen. .... Unter Angela Merkel sind wir zum Helfershelfer für die Aufrüstung von Diktaturen geworden.« (Quelle: ARD)

Und nun, 5 Jahre später. Die SPD befindet sich noch immer (und bald schon wieder)

in einer großen Koalition mit der CDU/CSU - und Gabriel ist Außenminister. Unter dieser Regierung sind die deutschen Rüstungsexporte auf 6,24 Milliarden Euro gestiegen. Das prekäre daran ist, dass deutsche Rüstungsgüter jetzt auch in Krisenregionen und Kriegsgebiete der Welt geliefert werden.

Besonders zu verurteilen ist hierbei, dass Deutschland die Rüstungsexporte immer mehr als Mittel der Außenpolitik nutzt. Das zeigt sich insbesondere bei Exporten in Drittstaaten, also in Länder, die weder der NATO noch der EU angehören. Bestes Beispiel dafür ist eine um Saudi-Arabien gescharte Gruppe arabischer Staaten, die sich gegen den Iran in Stellung bringen, was den deutschen Interessen entspricht. Ist doch die Bundesregierung bestrebt, den Machtzuwachs Irans im Nahen Osten zu bremsen.

Was mit deutschen Waffen angerichtet werden kann, ist gegenwärtig bei der Türkei-Invasion gegen die kurdische YPG in Nordsyrien zu erleben.

### Deshalb fordert DIE LINKE in einer gemeinsamen Erklärung des Partei- und Fraktionsvorstandes:

- Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Türkei,
- Stopp aller Pläne, türkische Panzer von Rheinmetall modernisieren zu lassen,
- Die Bundesregierung soll diesen Krieg klar und unmissverständlich verurteilen und alle Beihilfen, auch über die NATO, einstellen,
- Den sofortigen Rückzug der türkischen Truppen und ihrer verbündeten islamischen Söldnermilizen.

hjm

# Sozialgerichte personell besser ausstatten!

## Negativbeispiel Land Brandenburg

Auf der Herbsttagung 2017 der Fachanwälte für Sozialrecht des Deutschen Anwaltsvereins, an welcher ich teilnahm, ging es u.a. um die zu langen Verfahrensdauern bei den Sozialgerichten. Gerade diejenigen, die für die Durchsetzung ihrer Sozialleistungen die Gerichte benötigen, sind häufig zusätzlich physisch und psychisch geschwächt. Hierzu zählen nicht nur diejenigen, welche um eine Erwerbsminderungs- oder Berufsunfähigkeitsrente, um eine Schwerbehinderung oder Anerkennung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten kämpfen müssen. Wer aktuell Sozialleistungen benötigt, muss wegen der zu geringen Personalausstattung der

## Gedenken für die Opfer

Alljährlich wird besonders am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Nazi-Konzentrationslagers Auschwitz vor 73 Jahren durch sowjetische Soldaten, der 20 Millionen Opfer gedacht, die durch das Naziregime ermordet wurden - darunter allein 6 Millionen Juden, unzählige Kommunisten, Sozialdemokraten, Antifaschisten, Demokraten und Menschenrechtskämpfer.

Auch in Neuruppin versammelten sich gemeinsam mit dem Bürgermeister und zahlreichen Linken etliche Bürger am OdF-Denkmal, verweilten zum Gedenken und ernsthaftem Gespräch und legten Blumen nieder. »Ich bin froh, dass es Neuruppiner und Menschen aus der gesamten Region gibt, die in Demonstrationen, Mahnwachen und bunten Festen zum Ausdruck bringen, dass in unserer Kulturstadt kein Platz für rechtes Gedankengut ist«, betonte Bürgermeister Golde in seiner Ansprache.

»Allen, die sich in unserem Aktionsbündnis, aber auch darüber hinaus aktiv für Toleranz und Demokratie engagieren, gilt mein herzlicher Dank. Wie schmal der Grat zwischen gelebter Demokratie, Ängsten der Bevölkerung, Populismus und Ausländerfeindlichkeit ist, konnte man in den letzten Wochen an den Ereignissen in Cottbus sehen ... Helfen Sie uns, dass Neuruppin weiter seinen demokratischen Weg geht und sorgen Sie gemeinsam mit der Politik dafür, dass wir weiter zu Recht sagen können - Neuruppin bleibt bunt!«

ch-



Foto: Rudi Brendler

Gerichte häufig mehrere Jahre warten, bis diese Leistungen gerichtlich zugesprochen werden und während dieser gesamten Zeit ohne die ihm zustehenden Sozialleistungen leben.

Als Negativbeispiel von besonders langen Verfahren wurde das Land Brandenburg durch Prof. Dr. Schlegel, Präsident des Bundessozialgerichts Kassel, genannt.

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht hat vor dem Hintergrund der Verfahrensdauern in sozialgerichtlichen Verfahren folgende Resolution beschlossen: »Die Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht im Deutschen Anwaltsverein fordert die Bundesländer auf, Maßnahmen zu ergreifen, um einen effektiven Rechtsschutz in der Sozialgerichtsbarkeit zu gewährleisten. Es ist sicherzustellen, dass die Verfahren nicht nur gründlich, sondern auch zeitnah erledigt werden können. Hierzu ist nach unserer Ansicht insbesondere die personelle Aufstockung im richterlichen, aber auch im nicht-richterlichen Bereich zwingend erforderlich. Das aus Art. 19 Abs. 4 GG folgende Gebot effektiven Rechtsschutzes gebietet einen zeitgerechten Rechtsschutz, d.h. „strittige Rechtsverhältnisse sind in angemessener Zeit zu klären“ (BVerfG, Beschluss vom 31. Mai 2011 - 1 BvR 857/07 = NVwZ 2011, 1062).«

Der Deutsche Richterbund hat erneut vor einem dramatischen Personalmangel in der Justiz gewarnt und die Einstellung von 2000 zusätzlichen Richtern und Staatsanwälten gefordert. »Wenn die Politik hier nicht aktiv wird, droht der Rechtsstaat zu erodieren«, sagte Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn der Saarbrücker Zeitung am 02.01.2018.

Bereits am 02.08.2017 haben der Deutsche Richterbund und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor einer Handlungsunfähigkeit des Rechtsstaates gewarnt und gefordert, dringend mehr Polizisten, Richter und Staatsanwälte einzustellen. Bereits vor Jahren habe ich mehrfach mit Wortmeldungen auf unserem Landesparteitag auf diese Problematik hingewiesen. Seither hat sich die Situation leider nicht verbessert, dass eine Reihe von hochspezialisierten Sozialrechtlern nicht mehr bereit ist, für diese Verfahrensdauer für den Staat in Vorkasse zu gehen. Dies verschärft das Problem der betroffenen Bürger zusätzlich. Will der Staat, das Land Brandenburg, dass diese Bürger möglichst nicht anwaltlich vertreten werden - keinen Sozialstaat, keinen Rechtsstaat für die sozial bedürftigsten Bürger?

Wie ich bei meiner beruflichen Tätigkeit häufig mitbekomme, führt die zu lange Verfahrensdauer der Sozialgerichte bei den Betroffenen zu erheblichen Zweifeln am Wahlslogan »100 Prozent sozial« und zu sehr viel Enttäuschung und Unmut.

*Rechtsanwalt Gerd Klier, Neuruppin  
Vorsitzender des Fachanwaltsausschusses Sozialrecht  
der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg*

### Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR  
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

# In eigener Sache

**Liebe Leserinnen und Leser der kleinen Zeitung Märkische Linke,**

eine Zeitung zu produzieren, ist kein leichtes Ding. Es gilt Themen für die Zeitung zu finden, Artikel müssen geschrieben und redigiert sowie in Satz gebracht werden. Nach dem Druck ist sie zu verteilen.

Dies alles geschieht durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Ohne sie wäre die Märkische Linke nicht produzierbar. Allen, die dabei mithelfen, gilt der besondere Dank von uns.

Im letzten Jahr gab es hauptsächlich immer wieder Probleme bei der Verteilung in den ländlichen Gebieten. Zeitungen blieben manchmal solange liegen, bis die neue Ausgabe erschien. Artikel erreichten uns erst lange nach Redaktionsschluss oder mussten schnell kurz vor dem Drucktermin geschrieben werden usw. und so fort.

Das wollen wir ändern. Als ersten Schritt haben wir im Arbeitskreis Märkische Linke, der Kreisvorstand war mit vertreten, beschlossen, die Märkische Linke nur noch zweimonatlich erscheinen zu lassen. Jürgen Schubert hat seinen

Posten als verantwortlicher Redakteur niedergelegt - das macht Rudi Brendler jetzt kommissarisch.

Weitere Punkte sind in Planung. Wir werden darüber berichten, wenn alles in trockenen Tüchern ist. Nur so viel schon vorneweg. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel, die Märkische Linke soll professioneller werden.

Für Anregungen sind wir dankbar, und ihr könnt sie der Redaktion unter ihrer Mail-Adresse »redaktionml@dielinke-opr.de« zukommen lassen.

Das Redaktionsteam

## Märkische Linke

**Lust eine Zeitung zu machen?  
Seine Ideen dabei umzusetzen?**

**Wir bieten ein freundliches und  
aufgeschlossenes Team.**

**Einzige Voraussetzung ist die Bereit-  
schaft, mitzumachen.**

**Nächste Redaktionssitzungen: 5. und  
26. März um 16.30 Uhr in der Kreisge-  
schäftsstelle.**

**Gäste und Mitmacher sind herzlichst  
eingeladen.**

## Termine

(Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Mittwoch, 21.02.18	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 01.03./05.04.	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 01.03./05.04.	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Sonnabend, 03.03.18	<b>Aktivenkonferenz DIE LINKE. OPR</b> 9.30 Uhr-offen, Ferienland Luhme
Montag, 05.03./09.04.	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Sonntag, 11.03.18	<b>Frauentagsmatinee</b> 11-13.00 Uhr, Kyritz - Kulturhaus
Montag, 12.03.18	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 28.03.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Dienstag, 03.04.18	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 04.04.18	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 11.04.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Redaktion: Rudolf Brendler (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-),  
Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Jürgen Schubert (js)

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.  
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308  
Funk: 0173/3804592  
[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**  
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@kirsten-tackmann.de](mailto:bock@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**  
Tel.: 03391/2383  
E-Mail: [schmudlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schmudlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Marktgasse 2, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 03394/4031363  
E-Mail: [bergmann@kirsten-tackmann.de](mailto:bergmann@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 10.00 - 12.00  
Do. 16.00 - 18.00

**Margitta Mächtig**, Landtagsabgeordnete  
**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: [maechtig@dielinke-opr.de](mailto:maechtig@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin  
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**  
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 13.00 - 16.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock  
Tel.: 03394/4031363/-64/-65  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 23.03.2018**  
**Erscheinungsdatum: Mi., 11.04.2018**